

Vorfrische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Carl Bernhard Reinert. Redakteur (m. Ann. d. Handelslsg.) Carl Meißel, Berlin. Unverf. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofsplatz 5000-5065. die des Fernsprech-Amtes Dönhofsplatz 8000. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkontos Berlin 660.

Programm der militärischen Räumung.

Mitteilung an Deutschland.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.
Paris, 29. Juli.
Nach einer Mitteilung des „Quotidien“ aus London haben die französische und belgische Delegation ein Programm für die militärische Räumung des Ruhrgebietes ausgearbeitet. Dieser Plan werde der englischen Regierung unterbreitet und auch der deutschen Regierung zugeleitet werden. Es sei wahrscheinlich, daß dieser Plan die Grundlage von Verhandlungen mit den deutschen Vertretern in London bilden werde.

Frankosische Gegenforderungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.
London, 29. Juli.
Es verlautet, daß Belgien seinen von uns getrennt bereits mitgeteilten Vorbehalt bezüglich der Annahme des Kompromisses über die militärische Räumung des Ruhrgebietes in einem persönlichen Brief an Ramsay MacDonald geäußert gemacht hat, dem er gleichzeitig einige Bedenken bezüglich der englischen Durchführung über die Einleitung an Deutschland aufzählte. Dieser Brief ist gestern Nachmittag dem Ministerrat vorgelesen worden, als Thema und Diktat vor der Zusammenkunft der Delegationsleiter bei Ramsay MacDonald eingehend diskutiert haben.

Der Grund der Verhandlungen über diese Frage kam darin zum Ausdruck, weil England hat in Erwartung, daß die deutsche Delegation die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes in London ansprechen wird, die Alliierten aufgebietet, in inoffiziellen Besprechungen außerhalb der Konferenz zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ramsay MacDonald hat den Standpunkt der englischen Regierung dahin umschrieben, daß England eine völlige militärische Räumung des Ruhrgebietes können jedoch nur unter nachfolgender Bedingung zuzustimmen (wie die einen behaupten) selbst bestreiten, (wie andere behaupten) selbst erwarten würden. Der früheste Termin für die militärische Räumung würde, berechnet auf Grund der ersten von der Konferenz angenommenen Termine für die Wirtschafskonferenz, der 15. April 1925 sein müßte. Ramsay MacDonald hat ferner darauf hingewiesen, daß England entschlossen sei, am 10. August 1925 die Röhre Zone gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zu räumen, und daß es sehr ernste Bedenken gegen eine so vorläufige

gehende Wiederbesetzung durch andere alliierte Truppen geltend machen würde. Frankreich und Belgien haben gegenüber dieser englischen Vorhaltung bereits am Sonnabend, als die Premierminister von Portsmouth nach London zurückkehrten, grundsätzlich ihre Unterstützung bekundet. Die militärische Räumung des Ruhrgebietes so rasch wie nur irgend möglich zu vollziehen und hätten in Aussicht gestellt, daß die englische Berlin eine ausführlichere Diskussion abhalten werden. Innerhalb der belgischen und französischen Delegation wurde dem Sonntag und Montag ein lebhafter Überland gegen das von den Premierministern grundsätzlich angenommene Kompromiß geltend gemacht, indem Symons bei den Belgiern und Poincaré bei den Franzosen darauf hinwies, daß es unbedingt erforderlich ist, die von England aus aus innerpolitischen Gründen so lebhaft geforderte militärische Räumung des Ruhrgebietes nur dann an einem festem Termin zuzulassen, wenn es gelingt, dieses Zugeständnis so teuer wie möglich zu erkaufen. Die „Times“ weisen heute darauf hin, daß dieser Preis aufsehensreich hoch sein müßte, daß man es sich von englischer Seite überlegen müßte, ob es nicht besser sei, daß die militärische Räumung in dreierlei Richtungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland geregelt werde. Das Blatt führt fort: Der englische Premierminister ist noch nicht bereit, die Fragen der französischen Sicherheit und der internationalen Schuld von der Konferenz vorzubringen. Da Frankreich besteht ist, auf diesem Gebiet Kompensation für die militärische Räumung zu verlangen, scheint es zum Teil schwierig, die Frage weiter zu erörtern.

Man darf diese Mitteilung der „Times“ nicht wörtlich nehmen, da die Delegationen Vorbereitungen treffen, um die Erörterung der Sicherheitsfrage hier in London nachdrücklich zu fördern. Die folgenden Bedingungsbedingungen sind nach London berufen worden; es wird von englischer Seite bereits zugegeben, daß ein Kompromiß über die Beibehaltung französischer und belgischer Eisenbahnen auf dem schiefen-geleiteten Eisenbahnen aufzunehmen kann, sobald eine Einigung über die Festsetzung eines Datums für die Vollendung der militärischen Räumung des Ruhrgebietes gefunden worden ist. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß der noch nicht abgeschlossene englisch-französisch-belgische Handel über die militärische Räumung des Ruhrgebietes und die Lösung der Sicherheitsfrage nach der wichtigste Grund ist, daß die Alliierten gefahren von der Überwindung der Einleitung an Deutschland abgesehen und es den Delegationsführern überlassen hat, diese Einleitung selbständig ergehen zu lassen. (Siehe auch dritte Seite.)

Kunstwunder!

Von Emil Lind.

Der Kampf um das Refinanzierungsproblem der Diktation Götter und der Bühnengemeinschaften greift über den Entwurf hinaus der Bühne hinaus. Denn die Bühnengemeinschaften, deren Refinanzierung sich vornehmlich durch, unter für die Größe der Refinanzierung die Struktur der Gesellschaften.

Unter diesem Ausmaßungsproblem (siehe) ist vor einigen Jahren über die bedeutende Finanzierung unserer Theaterbetriebe. Die Bühnengemeinschaften in diesen Ländern (gemeint sind Belgien und Frankreich) nicht ohne weniger Bekanntheit, deren Betriebskosten im allgemeinen Betriebsausgaben der Bandenleiter anpaßt. Man kann es aus laffen, warum nicht auch Kunst? Manchmal ist's Romisch, manchmal gute Qualität. („Was heißt ihr in Europa was aus voraus?“ sagte mir einmal ein business-Man. „Mit Aktien?“ Die machen wir uns.“) Reizvollst Refinanzierungsbedürfnis der Manager, und sogar in wellbestimmten Instituten wie die Metropolitanoper müssen und müßten sich viele Künstler (mit Inkenntnis auch Musiker) den Bedürfnissen des maß, weit geltenden Lagerpublikums fügen.

In den angelsächsischen Ländern, insbesondere in Amerika ist das Theater nur Künstlerstätte. Es Wichtigkeit, ja Notwendigkeit folgender Art, und das ist, was die Bühnengemeinschaften werden, aber es müßte genau und schärf getrennt werden, was im Grunde nur die äußeren Hilfsmittel gemeinlich hat. Die Leistungen folger reiblichen Künstlerstätten, solcher Theaterstätten sind jedoch, müßten in der Presse nicht unter der Bezeichnung „Kunst“, sondern unter im lokalen Teil besprochen werden. Eine glänzende Reklamierung würde, daß der Übergang des Refinanzierers dadurch gestattet und er in der Rombarisierung seiner künstlerischen Persönlichkeit doch etwas vorwärtschreiten müßte. Denn aber müßte ein ausgeffenes Kunsttheater nach unten kommen, d. h. je geringer der Kunstwert eines Schritkstes, desto höher die Stouze. Eine Stouze liegt hier da unvorstellbar. Der gefamte Betrag oder mehr dem künstlerischen Fortschritt dienen.

Nach die Regelung müßte auf Grund des Konzeptionsparagraphe in geeigneten Fall eingreifen. Ein Theater ist eine öffentliche Angelegenheit, ein Kulturinstitut. Wenn ein solches in ein Mittel geht die Kultur verkehrt wird, kann das Ministerium für Kultur nicht gleichgültig bleiben. Und diese Gefahr kommt immer näher. Da muß der künstlerische Verfügungsanspruch in rigorosierter Weise geprüft werden. Wenn ein Zusammenstoß mehrerer Willen in Frage kommt, müßte ein solches nur dann stattfinden, wenn die künstlerische Persönlichkeit (ich sage Persönlichkeit, darin liegt auch die Förderung einer Kunstankunft, eines bestimmten künstlerischen Willens), wenn die künstlerische Persönlichkeit des Letzten unanfechtbar stark genug und unter allen Umständen bereit ist, die künstlerische Basis der Unternehmungen und damit ihre Anrecht auf besonderen Schutz zu sichern.

Es ist wohl Zeit, davon zu sprechen, denn die in den letzten Wochen bekanntgewordene Ausbreitung des smarten Anreizens (Weiber Theater und Heng Seltenburg bringen mehr und mehr Theater unter ihre „Kontrolle“, was man hier menschlichen Willen, nur nicht kulturellen Verantwortungsgefühl gekannt, Schule machen. Auch nach den großen Schäden der Theater werden die klingen Geschäftskräfte gerufen, und bald, wie in Amerika ihre Urteilsbedenken auf diesen fassen. Falls es aber auch nicht so weit kommen sollte, Berlin hätte jedenfalls als Kunststadt, als Theaterzentrum ausgefallen, denn die Veränderung der künstlerischen Persönlichkeit würde unannehmlich erfolgen. Die Verantwortlichkeit des Refinanzierers, des deutschen Bühnenwesens, seine Kraft und Stärke, die Quelle seiner Stärke würde verloren, und eines der meisten Gebiete, was eine Kulturbildung glücklicher erhalten werden, dem Wucher preisgegeben. Es ist nicht anders wie Bücher mit hellen Worten, wenn man ohne inneren Beruf, ohne künstlerische Berechtigung eine möglichst hohe Vergrößerung fremden Kulturtriebes betreibt. Es ist Zeit, darauf zu achten, daß Mensch und Handlung übereinstimmen, daß nach der Geltung als einem notwendigen Bestandteil des Künstlers gefordert wird, um nicht zu einer Entwürdigung zu kommen, die Kunst und Künstler zum Schaden der Gesamtkultur nur zu einem Objekt des Amplatz machen muß.

Die Entwicklung hat diesen Verhältnissen recht gegeben. Der letzte Gegenstand auf dieser Entfaltung hat sich in letzter Zeit zu einem Kampf der Generalität der Diktation Bühnengemeinschaften gegen eine Diktation verwickelt, welche nach deren überlieferten Verfahren und ihren Verfahren als ein Schulbeispiel des schärfsten Managements angesehen werden muß. Beinahe vollständig ist die Gemeinwesenheit (§ 23) die Bedingungen zur Erfüllung eines Theaters vor, aber in so unvollkommenen Weise, daß mit diesem weltmaßigen Gebilde die Behörde in einem mittleren Gebiete allein weiter anzufragen können. Es wird deshalb von allen Seiten an einer Reform dieses Verordnungs-

Die Beilegung des deutsch-russischen Konfliktes.

Wiederherstellung der Handelsvertretung.
Der diplomatische Konflikt zwischen Deutschland und Rußland, der mehrere Monate lang gedauert hat, ist nunmehr beigelegt. In langwierigen Verhandlungen hat man eine Lösung gefunden, die beide Teile befriedigt. Die getroffenen Vereinbarungen sind in einem Protokoll niedergelegt worden, das heute in Warschau in Berlin durch die Außenminister Dr. Stresemann und Herrn Brodowski von der Russischen Botschaft in Berlin unterzeichnet worden ist. Das Protokoll wird morgen im Wortlaut veröffentlicht werden.

Der Konflikt ist, wie erinnerlich, entstanden infolge eines russischen Angriffes in die Räume der russischen Handelsvertretung in der Lindenstraße und eine Hausdurchsuchung, die daraufhin in der Handelsvertretung von der Polizei vorgenommen wurde. Die Folge des Konfliktes war die Auflösung der russischen Handelsvertretung in Berlin und das Fernbleiben des russischen Botschaftssekretärs, der wenige Tage später zum Kongreß der III. Internationalen nach Moskau fuhr und jeither nicht wieder nach Berlin zurückgekehrt ist. Der wichtigste Inhalt der Vereinbarung, die jetzt getroffen worden ist, geht dahin, daß alle Maßnahmen, die von den Regierungen Deutschlands und Rußlands infolge des Konfliktes getroffen worden sind, wieder rückgängig gemacht werden. Die russische Handelsvertretung in Berlin wird wieder hergestellt, und die von Rußland durch die geforderte Exterritorialität wird nicht gewährt, wenigstens im Prinzip nicht; nur bestimmte Personen, die in der Handelsvertretung arbeiten und die diplomatischen Charakter haben sowie deren Arbeitsräume werden in Zukunft als extraterritorial betrachtet werden. Botschafter Kerekinoff wird in den nächsten Tagen die Beilegung der russischen Botschaft wieder übernehmen.

Generalfreitag in Ost-Oberschlesien

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

we Dresden, 29. Juli.
Die Schlichterarbeiten in Ost-Oberschlesien haben eine Einigung erbracht. Sämtliche Arbeiterorganisationen haben sich am 29. Juli den Generalfreitag angeklündigt. Die Arbeitgeber haben sich mit dem Dienstvertritten selbständig erklärt. Die Ursache der Streikproklamation liegt darin, daß durch die Verordnung der polnischen Regierung über die Verlängerung der Arbeitszeit eine unfaire Situation geschaffen ist. Die Verordnung sprach sich nur allgemein für eine Verlängerung aus, ohne jedoch die wirtschaftliche Lage der einzelnen Arbeiterbetriebe zu berücksichtigen. Die Verordnungen sind im Wesentlichen von Angriffen, da mit ihr die Arbeitszeit die Möglichkeit in die Hand bekommen, die veränderten Arbeitsbedingungen auch in den Metallbetrieben einzuführen, obwohl diese unter den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht annehmbar so zu leben haben wie die Eisenhütten.

Am Sonnabend traten alle Arbeiterorganisationen zusammen und beschloßen, die Aufhebung der Verordnung für die Metallbetriebe der Ruhrlandesgebietes bei den Schlichtern, Arbeiter und Arbeitgeber zu fordern. Die Regierung verzögert hierauf, bei den Arbeitgebern zu vermitteln, doch hier die Vermittlung angeht der harten Haltung der Arbeiterorganisationen erfolglos. Daraufhin kam es zu der allgemeinen Erklärung des Streiks.

Die Neugestaltung der Reichsbahn.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

* München, 29. Juli.
Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich über die Eisenbahnfrage werden, wie mitgeteilt wird, morgen beginnen. Vom Reich kommen dazu der Reichsverkehrsminister Dr. Oscher und der Reichsfinanzminister Dr. Brücker nach München.